

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.

(Eigentum des Verbandes.)

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrathe der Deutschen Gewerksvereine

(Schrift-Lunder).

Bei Abonnement von mindestens 3 Exempl.
unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder
der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche
franco an den Verbandsdirektor Rudolf
Mein, N.O. Kreiswalderstr. 21/22, ein-
zulegen sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro
Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement
seitens der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exempl.
Schriftredner: Amt VII, Nr. 4720.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher
Abonnementpreis: durch die Post bezogen
1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. —
Alle Buchhaltungen für Berlin alle Zeitung-
Spezialre, nehmen Bestellungen an. —
Interate pro Beile: Geschäftsang. 25 Pf.,
Samlernang. 15 Pf., Vereinsangelegen
10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion
u. Exped.: N.O. Kreiswalderstr. 21/22.
Schriftredner: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 43.

Berlin, 27. Oktober 1905

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die Lehren des Kampfes in der Elektro-Industrie. — Das Arbeitsver-
hältnis in den privaten Kleinbetrieben. — Fricke in der Elektricitäts-
Industrie. — Gewerkschaftliche Kritik. — Wochenchau. — Auch in Linden
bei Hannover ist wieder Fricke. — Gewerkschafts-Teil. — Verbands-Teil.
— Anzeigen-Teil.

Die Lehren des Kampfes in der Elektro-Industrie.

Eine objektive Darstellung des Kampfes in der Berliner
Elektro-Industrie finden unsere Leser an anderer Stelle dieses Blattes.
Es ist die Arbeit des Vorsitzenden im Berliner Gewerbegericht
Magistratsrath v. Schulz. Unser Aufsatz will untersuchen, welche
Fehler in dieser großen Bewegung gemacht worden sind, und
welche Lehren der verlorene Kampf der Arbeiterschaft aufzwingt.
Zwischen dem „Vorwärts“ und dem Berliner Führer des Metall-
arbeiterverbandes ist ein Streit darüber ausgebrochen, ob die Ar-
beiter einen Erfolg erzielen oder vollständig geschlagen wurden.
Dem „Vorwärts“ wird vorgeworfen, daß sein Leitartikel „Waffen-
stillstand“ geradezu „von Unrichtigkeiten und Widers-
sprüchen wimmle“. Die Redaktion habe einen zutreffenden
Artikel bringen können, weil sie über alle Einzelheiten der Be-
wegung informiert gewesen sei. Das ist ein sehr schwerer Vor-
wurf, denn er bedeutet, daß der „Vorwärts“ bewußt Unrich-
tigkeiten behauptet hat. In der Sprache des „Vorwärts“
würde man den einen „gemeinen Lügner“ nennen, dem man so
etwas nachsagen darf. Der Berliner Führer des Metallarbeiter-
verbandes vertritt, dem „Vorwärts“ entgegen, den Standpunkt, daß
die Arbeiterschaft nicht geschlagen sei, sie sei nur „einer in der
Entwicklung begriffenen Schlacht ausgewichen“. Die Firmen
hätten die beiden kleinen Streiks nur zum billigen Vorwand ge-
nommen für ihr Vorgehen, sie hätten unter allen Umständen
auspersperren wollen. Die Firmen erhöhten ihre Baarenpreise
um 10 pCt., weil die Konjunktur ihnen hierfür günstig war.
Wäre nun, so bezugirt Herr Cohen, der erfolgreiche Organisator
der Niederlagen, den Schraubendrehern und Lagerarbeitern die ge-
wünschte Lohnerhöhung bewilligt worden, dann wären auch die
anderen Abtheilungen um Lohnerhöhungen eingekommen und dann
wäre ein nennenswerther Theil des 10prozentigen Preisaufschlages
wieder verloren gegangen. Diesem Profitverlust hätten die Firmen
durch die Aussperrung entgegen wirken wollen. Schade nur,
daß diese Weisheit sehr post festum kommt.

Zweifellos, wenn der Führer des Metallarbeiterverbandes
schon vorher wußte, daß die Unternehmer „unter allen Umständen
auspersperren wollten“, die kleinen Streiks ihnen hierzu nur den
willkommenen Anlaß gaben, dann war es seine Pflicht, dies der
Arbeiterschaft offen zu sagen, damit ein nur den Interessen der
Unternehmer dienender Kampf, der den Organisationen große
Opfer auferlegte, vermieden wurde. Der „Vorwärts“ glaubt aber
daran nicht und antwortet, daß Cohen mit seinem Artikel zur
Aufklärung der Sachlage so gut wie nichts beigetragen habe.

Genosse Cohen hat in obigem Artikel zur Aufklärung der Sachlage
so gut wie nichts beigetragen. Nach einer Einleitung, welche die totale
Unfähigkeit des Artikelführers im „Vorwärts“ feststelle, die Absichten des
Unternehmens zu erkennen, durfte man wohl erwarten, daß Cohen über
die Absichten desselben in mehr verrathen würde, als dem Artikelführer und
den Lesern des „Vorwärts“ bereits bekannt war. Daß das geschehen ist,
müssen wir verneinen.

Sonderbar ist übrigens, daß Genosse Cohen einen solchen Vorwurf
gegen Jemand zu erheben fertig bringt, der den Führern der
Metallarbeiter alle Operationen ihrer Kapitalisti-

schen Gegner schon im Anfangsstadium der Bewegung
voraus sagte.

Im Uebrigen würden wir sehr bedauern, wenn die Metallarbeiter nach
den Lehren dieses großen Kampfes nichts Anderes wüßten, als den „Klein-
krieg“ von Neuem zu beginnen, der den Unternehmern den Vorwand zu
einer Aussperrung gab.

Hierzu hat also auch der Verfasser des „Vorwärts“-Artikels
schon im Anfangsstadium gewußt, wie der Kampf ausgehen mußte. Das
ist ja ein unerhörtes Geständniß. Wenn die Führer des Metall-
arbeiterverbandes darauf nicht hören wollten, warum sagte man
es denn nicht der Masse? Entweder unterblieb dies aus Freigiebigkeit
und dann kann man die Jammerlappen nur bedauern, die den
Muth nicht haben, der Masse reinen Wein einzuschmecken, oder es
unterblieb aus Gewissenlosigkeit, die der ungeheuren Opfer nicht
achtet, die ein verlorener Kampf den beteiligten Arbeitern auf-
erlegt.

In seiner Schlussbemerkung heißt der „Vorwärts“ den Fried-
liebenden heraus, während er in seinem Artikel „Waffenstillstand“,
das läßt auch schon die Ueberschrift erkennen, eine erneute Fort-
setzung des Kampfes in Aussicht stellte.

Der gewaltige Kampf hätte sich vermeiden lassen, wenn die
in den Streik eingetretenen Schraubendreher und Lagerarbeiter
einsichtsvoll mit den von den Unternehmern gewährten bescheidenen
Verbesserungen der Löhne zunächst vorlieb genommen hätten.
Mehr ist ja auch zu guterletzt nicht dabei herausgekommen.
Wenn die Unternehmer eine so gewaltige Aussperrung
androhen, dann führen sie die Drohung auch aus. Die
Arbeiter müssen sich also in solchem Falle ernstlich fragen, ob sie
ausreichend stark sind, den Kampf aufzunehmen.

Der Metallarbeiterverband war hierzu jedenfalls
nicht stark genug, weil ihm zur Durchführung eines solchen
Kampfes die Geldmittel fehlten. Die Gewerksvereine haben
alle ihre Verpflichtungen gegen die Aussperrten in
vollem Maße erfüllt.

Wenn aber Jahr aus Jahr ein in der schärfsten Tonart,
und mit einer Fülle von radikalen Phrasen auf die Arbeiter ein-
geredet wird, dann kann man nicht von ihnen erwarten, daß sie
einsichtig den Führern folgen und durch rechtzeitige Wiederauf-
nahme der Arbeit die Ausdehnung des Kampfes zu riesigem Um-
fang vermeiden. Um solche Niesenkämpfe zu führen, muß
die Arbeiterschaft doch stärker organisiert sein, als sie
es bis heute ist. Auch in Berlin stehen noch Zehntausende
außerhalb der Organisationen, die im Kampfe unterstützt werden,
um sie nicht zu Streikbrechern werden zu lassen. Die Organi-
sationen haben also nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch
für die Indifferenten die Unterstützungen aufzubringen. Das ist
ein der Arbeiterschaft unwürdiger und den Organisationen un-
erträglich Zustand. Wo es nothwendig ist, so ungeheurer Opfer
zu bringen, da müssen sie gebracht werden. Eine solche Noth-
wendigkeit liegt in der Regel vor, wenn die Unternehmer jedes
Entgegenkommen ablehnen. Erfolgt aber ein theilweises
Entgegenkommen, dann muß die Arbeiterschaft vor
Eintritt in den Kampf vorsichtig prüfen, ob die ver-
bleibende Differenz zwischen dem Berlangten und dem
Gewährten die Opfer rechtfertigt, die ein Niesenkampf
erfordert. Ruhig, nüchtern und lebensschafflos muß diese
Prüfung vorgenommen werden. Es macht der Arbeiterschaft
keine Unehre, wenn sie einen Kampf vermeidet, dem
sie bei dem heutigen Stande ihrer Organisationen nicht

gewachsen ist. Die Mißerfolge machen die Unternehmer nur noch kampfesfreudiger und die Arbeiterschaft wird dabei so geschwächt, daß sie erfolgreiche Kämpfe auch da nicht führen kann, wo sie um ihrer Ehre willen kämpfen und siegen müßte!

Ein gewerkschaftliches Organ, der „Löcher“, erklärt ganz mit Recht, daß die Arbeiterschaft für Kämpfe dieser Art noch nicht reif sei. Erst müßten die Organisationen an Mitgliederzahl und finanziell entsprechend stark genug sein. In Zukunft müßte mit größerer Vorsicht an solche Kämpfe herangegangen werden. Es müßte den Arbeitern stets vor Augen gehalten werden, daß sie alle Ursache hätten, solche Wackproben zu meiden. Auch andere gewerkschaftliche Blätter sprechen sich im gleichen Sinne aus.

Die unorganisierten Arbeiter müssen in die Gewerkschaften eintreten. Die sogenannten „freien“ Gewerkschaften aber dürfen den widerlichen Kampf nicht fortsetzen, den sie gegen die anderen Organisationen führen. In dem Augenblick, wo die Kämpfe aufhören, die zwischen den bestehenden Organisationen immer wieder von Neuem toben, wird es möglich sein, alle Kräfte auf die Gewinnung der Indifferenten zu verwenden. Die Organisationen kommen dann unterschickslos zur rascheren Entwicklung und gewinnen so die Macht, der sie für die ihnen von den Unternehmern aufgezwungenen Kämpfe bedürfen.

Noch wahrscheinlicher ist es aber, daß es dann nicht mehr zu Kämpfen kommen wird, wenn Unternehmer und Arbeiter gleich stark organisiert und dadurch zur gegenseitigen Anerkennung und Respektierung gezwungen werden. Dann wird der friedliche Ausgleich zwischen den beiderseitigen Vertretern Platz greifen und damit wird den Unternehmern wie den Arbeitern in gleicher Weise gedient sein.

Wenn die Arbeiterschaft diese Lehre aus den vielen verlorenen Kämpfen ziehen möchte, dann werden auch die Unternehmer zur besseren Einsicht kommen müssen, ob sie wollen oder nicht.

Darum von Neuem: hinein in die Gewerkschaften!

Das Arbeitsverhältnis in den privaten Hiesigenbetrieben.

II.

Um auch das Unternehmertum nicht zu kurz kommen zu lassen, hatte man dem Professor Brentano einen Korreferenten bestellt in der Person des Regierungsraths a. D. Dr. Leydig-Berlin, der den Centralverband deutscher Industrieller auf der Generalversammlung vertrat. Selbstverständlich vermochte dieser Herr den Standpunkt Brentano's nicht zu theilen. Die in der letzten Zeit vom Unternehmertum vorgenommenen Aussperrungen seien nur Verteidigungsmaßnahmen gegen die Angriffe der Arbeiterorganisationen gewesen; denn es gebe keine Aussperrung, der nicht ein Angriff der Arbeiter vorausgegangen sei. Der Gewerkschaftsführer Legien habe selbst davon gesprochen, daß man versuchen müsse, durch einen fortwährenden Guerillakrieg die Unternehmerorganisationen zur Ruhe zu bekommen. Könne man es diesen unter solchen Umständen vermeiden, wenn sie sich ihrer Haut wehren? Außerdem sei die deutsche Industrie entschlossen, an dem Grundsatz des Arbeitsvertrages zwischen dem Betriebsleiter und dem einzelnen Arbeiter festzuhalten. Man wolle sich nicht der Herrschaft der Arbeiterorganisationen unterwerfen, zumal dieselben nur einen Bruchtheil der deutschen Arbeiterschaft umfassen und im engen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie ständen, welche die gegenwärtige Wirtschaftsordnung umstürzen will. Deshalb dächten die Unternehmer nicht daran, den Arbeitern etwa das Koalitionsrecht zu nehmen oder zu verkürzen. Einer solchen Forderung sei er in Arbeitergebetkreisen niemals begegnet. Allerdings verträten die Unternehmer den Standpunkt, daß innerhalb ihrer Betriebe jede Agitation unterdrückt werden müsse. Auch die Ablehnung jeder Verhandlung mit betriebsfremden Personen sei durch die Nothwendigkeit bedingt, dem Unternehmer das unbedingte Bestimmungsrecht im Betriebe zu sichern. Ohne dieses könne er im internationalen Wettbewerb nicht bestehen. Deshalb von einer Hörigkeit der Arbeiter oder von einem Machtübergewicht der Unternehmer zu sprechen, sei durchaus unangerechtfertigt. Gegen die von Professor Brentano geforderte Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die Unternehmer müsse er sich mit aller Entschiedenheit wenden. Auch Arbeitsverträge dürfen mit diesen nicht abgeschlossen werden, weil die Organisationen der Arbeiter auch nicht die Verpflichtung übernehmen, dem Arbeitgeber dauernd zu den Bedingungen, zu denen der Unternehmer den Arbeitern gegenüber verpflichtet sei, Arbeiter zur Verfügung zu stellen. So seien alle Tarifverträge eine einseitige Bindung des Unternehmers. Wenn der Staat, gemäß den Vorschlägen Brentano's, Tarifverträge erzwinge sollte, dann habe er auch dafür zu sorgen, daß dabei die Betriebe existiren könnten. Damit aber wäre der erste Schritt zur Durchführung des sozialistischen Staates gethan.

Als erster Diskussionsredner trat der ehemalige Unterstaats-

sekretär, jetziger Kurator der Bonner Universität, Dr. v. Kottenburg, auf den Plan, der in sein durchdachter Rede das Wesen des Großbetriebes und seiner Leiter erörterte und dabei auch auf den wunden Punkt hinwies, nämlich die mangelnde Fühlung zwischen dem Betriebsherrn und dem einzelnen Arbeiter. Dieses Verhältniß schon bedinge die Nothwendigkeit der Anerkennung der Berufsorganisation durch die Betriebsleiter. Wenn man den Vertreter des Centralverbandes deutscher Industrieller habe reden hören, möchte man fast mit dem Dichterwort sagen: „Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt Eurer Huld empfohlen sein!“ Erstaunlich sei nur, daß Herr Dr. Leydig nichts davon zu wissen scheine, daß vielfach die Unternehmer die Arbeiter zwingen, aus ihrer Organisation auszuscheiden. Stets und ständig könne man solche Klagen vernehmen.

Dieser Spielart des Terrorismus konnte der neue Reichstagsabgeordneter für Essen, Arbeitersekretär Giesberts, eine andere an die Seite stellen. Bei der Schilderung der mannigfachen Mißstände in Großbetrieben wies er auch auf die immerhin auffallende Erscheinung hin, daß bei den Gewerbegerichten verhältnißmäßig nur wenige Klagen gerade gegen Großbetriebe eingehen. Die Erklärung ist ganz einfach. Es bestehen nämlich in vielen Unternehmerverbänden, namentlich am Niederrhein, Vereinbarungen, Arbeiter, welche das Gewerbegerichte anrufen, vollständig zu boykottiren. Auch Prof. Max Weber-Heidelberg führte bei der Schilderung der Zustände im Saarrevier in eindrucksvoller Weise ein treffendes Beispiel für die Unterdrückungsprovis der Unternehmer an. Man könne dort häufig lesen, daß Arbeiter in Annoncen erklären, nicht für eine bestimmte Partei, z. B. das Centrum, gestimmt zu haben. Kanaille! sage ich. Aber gleichzeitig frage ich: Wer erzieht die Leute zur Kanaille? Man müßte die Zustände im Saarrevier aus eigener Erfahrung kennen, um Alles vor der Großindustrie jüttere.

Auch unser Vertreter, der Verbandsredakteur Goldschmidt, schilderte eingehend die traurigen Verhältnisse dieses Industriebezirkes, in welchem die Abhängigkeit der Arbeiter thatächlich himmelschreiend sei. Das System, das gegenwärtig in der Großindustrie herrsche und zu dessen Verteidiger sich Herr Dr. Leydig aufgeworfen habe, bedeute den Zarismus in der Industrie. Auch König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen habe einmal gesagt, er werde nicht dulden, daß zwischen ihn und sein Volk ein Blatt Papier sich schiebe. Wie trotzdem sehr bald der konstitutionellen Staat entstand, so werde sich auch auf dem Gebiete der Waarenherzeugung die konstitutionelle Verfassung nicht aufhalten lassen. Im Interesse der deutschen Industrie liege das friedliche Zusammenwirken von Arbeitgeber und Arbeitnehmern auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Die fortgesetzten Kämpfe können der Entwicklung der deutschen Industrie nur schädlich sein.

Dieser Gedankengang wurde noch weiter geführt durch den Pfarrer Raumann, mit Hervorhebung der Thatsache, daß gerade die Scharfmacher der Großindustrie schuld daran seien, daß die Arbeiterbewegung in so radikale Bahnen gelenkt worden ist. Als staatserkhaltend sei daher das Verhalten Derjenigen nicht zu bezeichnen, die so mit Kaltblütigkeit und Unnachgiebigkeit den „Umsturz“ häcker. Wir müssen dagegen den Arbeitern aller Konfessionen zurufen: „Ihr müßt in die Organisationen hinein, denn ihr werdet in ihnen staats-erhaltend“.

Noch mancher Hieb fauete außerdem auf das Scharfmacherthum herab. Unsere Verbandsgenossen Gleichauf-Berlin und Erkelenz-Düsseldorf konnten noch manche falsche Aeußerung zurückweisen. Auch der Vertreter der evangelischen Arbeitervereine, Arbeitersekretär Fischer, sand kräftige Worte gegen den Anwalt des Centralverbandes der Unternehmer. Indessen auch Herr Dr. Leydig schloß es nicht an Unterstützung. Der durch den großen Bergarbeiterstreik weiteren Kreisen bekannt gewordene Bergmeister Engel-Essen läßt sich gemüßigt, „der einseitigen Darstellung des Referenten“ entgegen zu treten. Er bestritt auch auf das Entschiedenste, daß durch die Wohlfahrtseinrichtungen ein Druck auf die politische oder religiöse Betätigung der Arbeiter ausgeübt werde. Ebenso falsch sei die Behauptung, daß bei sinkender Konjunktur die deutschen Arbeitgeber ihre Arbeiter entlassen. Auch der Syndikatsbeamte Dr. Jüngst-Essen und ein Schriftsteller Dr. Klammer-Essen traten lebhaft für die Interessen der Großindustrie ein. Den Bogen aber schloß der Generalsekretär Dr. Lille-Saarbrücken ab. Er vertheidigte ebenfalls die Großbetriebe gegen die Angriffe Brentano's. Sie allein hätten dem deutschen Arbeiter die gewaltige Arbeitsgelegenheit verschafft und gewährten ihm ein Durchschnittseinkommen, wie es in anderen Betrieben nicht annähernd erreicht werde. Die gemeinjam vereinbarten Arbeitsbedingungen leisteten mehr als Tarifverträge, die sich die Großindustrie nicht aufzwingen lassen werde. Sie werden sich dagegen um so energischer wehren, als den Arbeitern die sittliche Reife noch fehle. Solange 195 000 Bergarbeiter kontraktbrüchig werden könnten, könne von einer Gleichberechtigung der Arbeiter keine Rede sein.

Nun, auch diesem Herrn blieb die gebührende Abfertigung nicht erspart. Der schon erwähnte Prof. Weber-Heidelberg trat Herrn Dr. Lille sofort entgegen. Auch ihm sei es eine recht auffallende Erscheinung gewesen, daß ohne Kündigung plötzlich 195 000 Bergleute die Arbeit niederlegten. Ebenso auffallend aber sei es doch, daß trotzdem die gesammte öffentliche Meinung, selbst auch der Reichskanzler und Graf Posadowsky und fast alle politischen Parteien auf

der Seite jener „fittlich Unreifen“ gestanden hätten. Sollte da nicht der Schluß berechtigt sein, daß der Arbeitsvertrag jener Bergleute lediglich ein Unterwerfungsvertrag zu Gunsten der Unternehmer war, der mit unseren heutigen fittlichen Begriffen nicht vereinbar war?

Schlag auf Schlag wurden die Scharfmacher widerlegt, namentlich auch von Prof. Brentano selbst, der in seinem Schlußworte eine besondere Abrechnung mit Dr. Lilla hielt. Schien sich auch die Debatte bisweilen in das Uferlose verlieren zu wollen, ihre Grundstimmung war doch eine glänzende Rechtfertigung der Arbeiterorganisation und eine zerschmetternde Niederlage des Scharfmacherthums. Das zeigte auch das Resümee des österreichischen Professors v. Philippowich, der unter Anderem sagte: „Früher gab es zwei Wege für die Unternehmer, sich zu ruinieren: nicht zu verstehen, wie man produziert, und nicht zu verstehen, wie man Produkte absetzt. Es giebt heute noch einen dritten: nicht zu verstehen, wie man mit Menschen umgeht.“

Es hieße die Wirkung dieses treffenden Wortes nur abschwächen, wenn wir dazu auch nur den geringsten Zusatz machten.

Friede in der Elektrizitäts-Industrie.

Für eine objektive Schilderung der Ursachen und des Verlaufs des bedenkten Kampfes in der Berliner Elektro-Industrie ist wohl Niemand mehr geeignet, als der Vorgesetzte des Berliner Gewerbegerichts, Magistratsrath v. Schulz. Um die Wiederherstellung des Friedens hat sich dieser städtische Beamte in vielfachen Kämpfen wiederholt erfolgreich bethätigen können, da er sich immer bemühte, gegen beide im Kampfe stehende Theile möglichst gerecht zu sein. Darum hat Herr von Schulz Anspruch darauf, daß seine Anschauungen über den Kampf in der Elektro-Industrie auch von den Lesern der Arbeiterpresse gehört werden. In der „Sozialen Progress“ veröffentlicht der bekannte Berliner Magistratsrath einen Rückblick auf die Entstehung und den Verlauf der Konflikte zwischen den drei Elektrizitätsfirmen und ihren Arbeitern und eine Beschreibung einzelner Ereignisse während der Kampfesperiode:

Die Lagerarbeiter und Mitfahrer des Kabelwerks der A. E. G. in Ober-Schöneweide und die Schraubendreher des Werner-Werkes der Firma Siemens & Halske am Nonnendamm stellten am 4. beziehungsweise am 9. September dieses Jahres ihre Forderungen. Bei der letzten Gruppe von Arbeitern handelte es sich im Wesentlichen um eine Erhöhung der Löhne und der Akkordpreise um 15 pCt. Die Arbeitgeber gaben den bisherigen Durchschnittsverdienst dieser Arbeiter auf 82 1/2 Pfg. an. Von der ersten Gruppe beanspruchten die Lagerarbeiter einen Anfangslohn von 33 Pfg. für die Stunde, welcher in Abstufungen nach zwei vollen Jahren bis zu 50 Pfg. anwachsen sollte. Die Frauen verlangten 25 Pfg. Stundenlohn.

Die A. E. G. theilte die Lagerarbeiter bezüglich der Löhne in 1: Ordrearbeiter und Packer; 2: Hilfsarbeiter; 3: Ausseger und Bierholer und 4: Frauen. Das männliche Personal hatte bisher einen Anfangslohn von 30 Pfg. erhalten. Bei den Ordrearbeitern und Packern stieg der Lohn allmählich bis auf 52 Pfg. in acht Jahren. Die Hilfsarbeiter erreichten in fünf Jahren 45 Pfg. Die Ausseger und Bierholer kamen in ebenfalls fünf Jahren auf 40 Pfg. für die Stunde. Den Frauen zahlte man einen Stundenlohn von 22 Pfg. Was nun die Mitfahrer anlangt, so wurde ihnen ein Anfangslohn von 20 Mk. für die Woche gewährt. Sie hatten die Aussicht, nach fünfjähriger Beschäftigung 25 Mk. zu verdienen. Die Firma zahlte ihnen ferner wöchentlich 1 Mk. Spesen. Nunmehr wünschten die Mitfahrer an Lohn Anfangs 24 Mk. und in fünf Jahren 30 Mk.

Die A. E. G. bewilligte den Lagerarbeitern einen Anfangslohn von 33 Pfg. und steigende Zulagen, so daß für die Ordrearbeiter und Packer nach Ablauf von vier Jahren 50 Pfg., für die Hilfsarbeiter nach drei Jahren 45 Pfg. Stundenlohn entrichtet werden sollte. Als Höchstlohn der Ausseger und Bierholer (nach ein und ein halb Jahr) wurde ein Betrag von 40 Pfg. für die Stunde festgesetzt. Den Frauen endlich legte die Firma 2 1/2 Pfg., wie sie gefordert hatten, zu.

Die Zugeständnisse der Firmen wurden jedoch für ungenügend erachtet. Trotz Abrahams der Leiter der in Frage kommenden Arbeiterberufsvereine traten die beiden Arbeiterkategorien am 19. September in den Ausstand. Es streikten etwa 450 Personen. Zwei Tage später schlossen die Firmen, die sich inzwischen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Arbeiter verbündet hatten, das Kabelwerk Oberspree und das Wernerwerk. Dies bedeutete die unfreiwillige Ruße von etwa 10 000 Mann.

Nachmaliger Verhandlungen ungeachtet verblieben die Streikenden, denen die bis dahin Ausgesperrten die Entscheidung über Krieg und Frieden völlig überlassen hatten, dennoch auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Die Folge war, daß die Elektrizitätsfirmen am 30. September ihre sämtlichen übrigen Betriebe für die dort thätigen Arbeiter mit wenigen Ausnahmen sperrten. Hierdurch wurden weitere 20 000 Personen arbeitslos. Die Arbeiter riefen jetzt auf Anregung von Gewerbegerichtsbeisitzern das Einigungsamt des Gewerbegerichts Berlin an. Die Arbeitgeber, welche dem gewerbegerichtlichen Ersuchen, der Annäherung sich anzuschließen, nicht nachkamen, erklärten sich allerdings bereit, unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsvorsprechenden „die

gegenwärtige Sachlage mit den Arbeiterausschüssen zu besprechen.“ Die Verhandlungen, welche im Gebäude der A. E. G. am Schiffbauerdamm stattfanden, hatten kein Ergebnis, da die Firmen über die Grenze der von ihnen gemachten Zugeständnisse nicht hinausgehen wollten. Unterdessen waren am 1. Oktober Abends Maschinenisten und Heizer der Berliner Elektrizitätswerke in den Solidaritätsstreik getreten; am nächstfolgenden Tag beschloß ferner das Personal der Glühlampenwerke der A. E. G. und der Firma Siemens und Halske den Streik. Gleichzeitig thaten daselbe die Lagerarbeiter, Packer und Hofarbeiter der Verbandtheilung von Siemens und Halske, den Schluß machten die Elektromonteurs. Auch sie stellten die Arbeit ein. Seitdem feierten aus Anlaß der Streiks und der Aussperrungen etwa 40 000 Mann.

Es ist den Arbeitern nicht möglich gewesen, durch ihr Feiern die Kraftstationen zum Stillstand zu bringen. Ein Fehlschlag für die Arbeiter! Den Arbeitgebern gelang es durch ihre Ingenieure, Techniker und Meister, durch Arbeitswillige und durch Feuerwehrlente, die ihnen durch die Staatsregierung überwiesen wurden, den Betrieb aufrecht zu erhalten. Hierzu kam noch, daß der Bund der Arbeitgeberverbände zu Berlin und die Vereinigung der Berliner Metallwaarenfabrikanten ihre Mitglieder verpflichteten, keinen der streikenden und ausgesperrten Arbeiter zu beschäftigen. Schließlich drohte der Verband Berliner Metallindustrieller, dem die Elektrizitätsfirmen angehören, die Aussperrung von 20 000 bei ihren Mitgliedern thätigen Arbeitern zum 14. Oktober an. Am 16. Oktober würden in Folge dessen etwa 60 000 Arbeiter beschäftigungslos gewesen sein. Bevor es aber soweit kam, suchten die Vertreter der Arbeiter am 10. Oktober Verhandlungen nach, welche glücklicherweise zum Frieden führten. Es unterblieb deshalb die angekündigte Schließung der Fabriken des Metallindustriellen-Verbandes, nachdem von den Streikenden in ziemlich erregten Versammlungen am 12. und 13. Oktober die Aufgabe des Kampfes beschlossen wurde. Es bedurfte freilich dringender Vorstellungen der Mitglieder des Streikkomitees, um die Lagerarbeiter und Schraubendreher zum Friedensschluß zu bewegen. Die Arbeiter haben sich mit den Zugeständnissen, die die Firmen seiner Zeit anboten und nach einmaliger Zurückziehung wiederholten, zufrieden gegeben.

Das von den Arbeitgebern und Arbeitervertretern vereinbarte Friedensdokument hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

1. Die männlichen Schraubendreher des Werner-Werkes erhalten die in dem Protokoll des Arbeiterrathes vom 16. September niedergelegten erhöhten Akkordsätze.
2. Die Lagerarbeiter des Kabelwerkes Oberspree und der Automobilfabrik erhalten vom Tage des Wiedereintrittes an gleichfalls die vor Ausbruch des Streiks bewilligten Lohnsätze.
3. Die drei Firmen beginnen am 16. Oktober 1905 Morgens mit der Wiedereröffnung ihrer Betriebe und der Annahme von Arbeitern.
4. Die bisher beschäftigt gewesenen Arbeiter werden nach Maßgabe der Betriebsverhältnisse wieder angenommen, so daß Einstellung fremder Arbeiter erst erfolgt, nachdem die bisher beschäftigten wieder untergebracht sind. Arbeitsniederlegung und Arbeitsverweigerung sollen der Wiederaufnahme nicht entgegenstehen. Beschäftigung der während des Ausstandes in Arbeit Verbliebenen oder neu eingetretenen Arbeiter ist unzulässig und gilt als Entlassungsgrund.
5. Die erschienenen Vertreter der Arbeiterausschüsse der Firmen erklären, daß die Arbeiter unter den vorbezeichneten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen.

Offenlich bietet diese Urkunde die Grundlage zu baldigen Verträgen, welche möglichst dauernde Ruhe für die Elektrizitätsindustrie garantiren und Bestimmungen über friedliche Erneuerung dieser Verträge enthalten. Wie zahlreiche Berliner Gewerbe und ihre Verträge beweisen, sind Streiks und Aussperrungen zu vermeiden. Ein staatlicher Eingriff in die Kämpfe, welcher bei den Arbeitern soviel böses Blut macht und von diesen als Parteilichkeit empfunden und ausgelegt wird, würde dann nicht mehr von Nöthen sein.

Im Uebrigen kann die von den Arbeitern bemängelte Befugniß der Regierung, den Firmen für die Kraftstationen Aushilfe durch Feuerwehrlente zu stellen, nicht bestritten werden, wenn das öffentliche Interesse hier in Frage kam. Dem öffentlichen Interesse haben die Privatinteressen der Arbeiter nachzugeben. Unleugbar war aber der Staat dabei interessiert, daß die Kraftanlagen im Betriebe blieben. Er durfte nicht ruhig mit zusehen, wenn in den Straßen Berlins das Licht ausging und der Verkehr stockte. Wer stand dafür, daß es ohne Unterstützung der Arbeitgeber gelingen wäre, den Betrieb der Anlagen aufrecht zu erhalten?

Die Pflichten des Staates werden in anderen Ländern ebenso aufgefahst, wie in Deutschland. Als z. B. bei dem großen Maschinenbauerstreik 1897 in England der Gewerksverein dagegen Einspruch erhob, daß etwa Schiffbauer der staatlichen Werften den Unternehmern, die Kriegsschiffe zu bauen hatten, zur Unterstützung gegeben würden, erklärte die dortige Regierung, daß sie dem Ausstand völlig unparteiisch gegenüberstehe, sich aber vorbehalte, zu thun, was das öffentliche Interesse an der Sicherstellung dringender Staatslieferungen erfordere.

Wir kommen nunmehr zu den Aussperrungen durch die Elektrizitätsfirmen. Sie waren ein erlaubtes Nachmittel der Arbeitgeber, bestimmt zur Abwehr der Streiks, dieser Nachmittel der Arbeiter. Die Arbeiter brauchen bei ihren Streiks nicht darauf Rücksicht zu nehmen, daß dadurch etwa so und so viele Existenzen ruiniert wurden. Das gleiche Recht durfte aber den Arbeitgebern nicht versagt werden,

Wochenchau.

Berlin, 24. Oktober 1905.

Der „Centralverband Deutscher Industrieller“ hat an seine Mitglieder ein Rundschreiben erlassen, betreffend die Frage der gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit für weibliche Arbeiter von 11 auf 10 Stunden. Das Rundschreiben plädiert für die Beibehaltung der gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. In der Textilindustrie würde die Einführung einer 10stündigen Arbeitszeit für die Arbeiterinnen den allgemeinen 10 Stundentag für den ganzen Betrieb zur Folge haben. Der freiwilligen Einführung der 10stündigen Arbeitszeit sieht das Rundschreiben sympathisch gegenüber, indem es auf Folgendes hinweist:

„Im Juli dieses Jahres ist von einer Anzahl Baumwollspinner und Weber in Augsburg der Beschluß gefaßt worden, mit dem 1. Januar 1906 in ihren Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit freiwillig einzuführen und gleichzeitig die Löhne um 10 Prozent zu erhöhen. Es ist zur Kenntnis des Direktoriums gelangt, daß dieser Beschluß in dem Gebiete des Vereins süddeutscher Baumwoll-Industrieller nicht allgemeine Zustimmung gefunden hat, daß aber voraussichtlich die süddeutschen Spinnerereien und Webereien dennoch dem Vorgange der Augsburger Industriellen folgen werden.“

Das Direktorium des Centralverbandes glaubt, daß die gesammte deutsche Textilindustrie nach diesem Vorbild handeln werde. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden sei wohl nicht mehr aufzuhalten. Mit dem Rundschreiben will der Centralverband erfahren, ob sich in der Zwischenzeit die maßgebenden Verhältnisse so erheblich geändert haben, daß die frühere ablehnende Stellungnahme des Centralverbandes nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. — Es wäre sehr erfreulich, wenn der Centralverband der Industriellen einer besseren Einsicht Raum gäbe. Die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit ist in der That nicht mehr aufzuhalten. Die Erreichung dieses Zieles wird Unternehmern wie Arbeitern nützlich sein.

Unternehmer und Arbeiter. In der vor Kurzem stattgefundenen Hauptversammlung der Ortsgruppe Zwidau des Verbandes sächsischer Industrieller wurde die Frage erörtert, ob die Unternehmer mit den Arbeiterorganisationen zur Beilegung entstandener Konflikte in Verhandlungen treten sollen. Der Vorsitzende des „Verbandes deutscher Arbeitgeber“, Kommerzienrath Schwann-Berlin, erklärte, daß die Arbeiterorganisationen eine Macht geworden seien, die man nicht einfach ignorieren dürfe. Es werde aber ein noch festerer Zusammenschluß der Arbeitgeber sich notwendig machen, damit auch die Entschädigung für die bei den wirtschaftlichen Kämpfen erlittenen Schäden organisiert werden könne. Zur Bekämpfung der Streikluft werde das Merk'sche System der Aussperrung nach dem ABC vielleicht notwendig werden. Der Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, Dr. Strejemann, trat letzterem Vorschlage entgegen, da trotz der Verschärfung der wirtschaftlichen Kämpfe und der Zuspitzung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern ein derartiges Vorgehen sich nicht empfehle. In zahlreichen Betrieben bestie auch heute noch ein gutes Einvernehmen zwischen Unternehmern und vielen Arbeitern. Es sei daher nicht angezeigt, bei etwaigen Aussperrungen jeden Unterschied fallen zu lassen. Durch die Annahme des ABC-Systems bei Aussperrungen werde die öffentliche Meinung gegen die Unternehmer herausgefordert. Das müsse vermieden werden. — Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Herr August Bebel, der schon längst kein Proletarier mehr war, ist nun unter die Kapitalisten gegangen. Von dem Leutnant a. D. Kollmann erbt er ca. 400 000 Mk. Die Verwandten des Erblassers sichten das Testament in einem langen Prozeßverfahren an, dem Bebel dadurch ein Ende machte, daß er die Verwandten Kollmanns mit 132 000 Mk. abfand. 45 000 Mk. schenkte Bebel der Parteikasse und seinem eigenen Privatvermögen führte er den „Rest der Erbschaft“ im Betrage von ca. 200 000 Mk. zu. Zu 3 1/2 pCt. Zinsen gerechnet, bringen diese 200 000 Mk. Herrn Bebel jährlich 7000 Mk. ein.

In eigenartiger Weise sucht Herr Bebel im „Vorwärts“ zu verteidigen, daß er der Partei 45 000 Mk. geschenkt, bezw. 200 000 Mk. selbst behält, obgleich Leutnant a. D. Kollmann „ein Gegner der Sozialdemokratie gewesen sei“. Der Testator habe ihn nicht zu seinem Erben eingesetzt wegen seiner Thätigkeit als „sozialdemokratischer Volkstribun“, sondern weil Bebel sich seiner in einer „ihm aufs höchste erregenden Sache nach bestem Wissen und Können in freundlicher Weise angenommen habe“. Diese dem Leutnant a. D. Kollmann bis „aufs höchste erregende Sache“ betraf das Verbot, noch weiter die Offiziersuniform zu tragen. Und merkwürdiger Weise, in dieser „weitergeschüttelten“ Angelegenheit hat Bebel, der wütende Gegner des stehenden Heeres, dem um seine Uniform klagenden Leutnant beigegeben.

Offen gestanden, wir hätten es nicht für möglich gehalten, daß ein Mann wie Bebel so besorgt sein könnte, daß irgend einem aus

der Armee hinausgeworfenen Offizier geholfen wird, seine Uniform wieder tragen zu dürfen.

Auf dem Parteitage in Jena zeigte es sich schon, wie der Reichthum Herrn Bebel nervös gemacht hat. Als der große Volkstribun seine Rede für den Generalstreik gehalten und hierbei den Anspruch gethan hatte: „Ihr solltet nicht einmal ein paar Wochen hungern, um euer höchsten Menschenrechte zu verteidigen?“ war ihm von Robert Schmidt geantwortet worden, das Wort vom Hungern klinge sehr schön, aber die praktische Durchführung mache kein Mensch mit. Bebel wurde nervös: „Wenn Genosse Schmidt auf die Bemerkung, daß die Arbeiter unter Umständen ein paar Wochen hungern müßten, spitzig erwidere, das klinge ja aus dem Munde Bebel's sehr schön, so solle das heißen: Bebel braucht in solchem Falle nicht zu hungern. Damit aber leiste Schmidt dem Gerede der Gegner Vorschub, die ihn — Bebel — „als einen angeblich feinstreichen Mann bei den Arbeitern zu diskreditiren suchen.“

Diese Empfindlichkeit war um so auffälliger, als Robert Schmidt seine Bemerkungen über den Hunger, den kein Mensch mitmachen werde, augenscheinlich nicht im geringsten auf Bebel zugespitzt hatte. Zum Ueberflusse erklärte Schmidt noch ausdrücklich, daß es ihm nicht eingefallen sei, „in perfider Weise auf den Reichthum Bebel's anzuspielen; er selbst habe Bebel oft gegen diesen Vorwurf in Versammlungen verteidigt.“

Wir sind nicht neidisch. Wir gönnen Herrn Bebel, daß er noch recht oft mit der Wiedererlangung der Uniform an solche Kollmänner ebenjoviel Glück hat. Wenn er seine politische Gesinnung praktisch betheiligen will, dann kann er manchem armen „Genossen“ helfen. Oder sollte er hinter den zahlreichen bürgerlichen Kapitalisten in Uebung der Wohlthätigkeit zurückbleiben wollen? Wenn man seinen Spott über die „christliche Nächstenliebe“ im „Vorwärts“ liest und ihn dajelbst donnern hört gegen die „blöde Theilerei“, die er im Gegenwartsstaat nicht mitmachen will, dann muß man allerdings annehmen, daß er Alles für sich behalten will. Es sei ihm gegönnt, wenigstens darf er dann doch sagen, daß für ihn die soziale Frage gelöst ist.

Eine Palast-Revolution im „Vorwärts“, dem Centralorgan der sozialdemokratischen Partei. An der Spitze seiner politischen Uebermacht erscheint folgende Mittheilung:

Die Unterzeichneten haben durch Schreiben vom 21. Oktober 1905, in Beantwortung eines Entschlusses des Parteivorstandes, ihre Kündigung eingereicht. Sie scheiden demnach am 1. April 1906 aus der Redaktion des „Vorwärts“ aus.

Böttner. Eisner. Gradnauer. Kaliski. Schröder. Wegler.

Der mit Innehaltung der Kündigungsfrist im „Vorwärts“ ausbrechende Streik der 6 Redakteure — 3 bleiben als Streikbrecher stehen — läßt tief blicken. Wer hätte auch gedacht, daß der in Jena beschlossene „politische Massenstreik“ zuerst im „Vorwärts“ ausbrechen sollte.

Arbeiterbewegung. Gegen 1000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen, welche am 6. Oktober das Arbeitsverhältniß kündigten, sind am letzten Sonnabend in den Ausstand getreten. Damit hat der Kampf im Geraer Industriebezirk begonnen. Jetzt soll am 28. d. Mts. die allgemeine Aussperrung erfolgen. Die Unternehmer fordern die Weber und Weberinnen, die bereit sind, die Arbeit zu dem vom Unternehmer-Verbande aufgestellten Mindestlohn tarif aufzunehmen, auf, sich bis zum 2. November in den Comptoiren zu melden. Finden sich dann genügend „Arbeitswillige“, so soll der Betrieb am 6. November wieder aufgenommen werden. Dieser fromme Wunsch, der erst aussperrenden, dann wieder sammelnden Unternehmer wird wohl zu bejahter Stunde nicht in Erfüllung gehen. Kampfeslust ist auf beiden Seiten vorhanden. Die Arbeiter haben es sich vorgenommen, an den gestellten Forderungen festzuhalten. Wie niedrig die Löhne im Auslandsgebiet gegenüber dem Meeraner Bezirk sind, zeigt folgende von einem Arbeiter im „Geraischen Tageblatt“ veröffentlichte vergleichende Darstellung:

	Gera:	Meerane:
Rafschmir	1.70—2.00	2.10
Lytibel	1.75—2.10	2.80—3.20
Doppelpöper	1.90—2.40	2.60—2.80
Verfehrte Rafschmir	2.60—3.20	3.80—3.90
Satin	1.90—2.00	2.60—2.70
Rettallas	2.60—3.10	3.50—4.10
Ruffelin	2.30—3.20	2.90—3.20
Corcreas	3.20—3.40	3.60
Coating	2.80	3.60
Gewöhnliche Jacquard	3.25—3.75	3.70—4.50
Jacquard 1 u. 1	3.50—4.00	4.50—5.00
Gewöhnl. Schafmaschine	2.75—3.10	3.50—4.25

Diese Tabelle beweist mehr, als alles Lamentiren der Fabrikanten. Die Arbeiter sind überzeugt, daß die Industrie auch dann konkurrenzfähig bleibt, wenn die Löhne um noch 10 Prozent erweitert werden. Haben doch die Textilindustriellen vor bereits 6 Monaten die Preise für ihre Waaren um 25 Pfg. pro Meter erhöht. Damit ist der Beweis erbracht, daß die Ursache dieses unheilvollen Kampfes nicht in der Ueberhebung der Arbeiter liegt, sondern in dem Starrsinn der Fabrikanten. Die Verantwortung tragen somit diese nur allein. — Glücklicher scheint die Lohnbewegung der Textilarbeiter in

wenn sie Aussperrungen für richtig hielten, durch welche allerdings tausende am Streik unbeteiligte Arbeiter brodlös wurden.

Man hat den Arbeitern den Vorwurf gemacht, daß sie nicht schon vor dem Ausstande das Gewerbegericht um Vermittelung ersucht haben. Diese Unterlassung ist ihnen nicht übel zu nehmen angesichts der Abneigung des Verbands der Metallindustriellen, seinen Mitgliedern zu erlauben, vor dem Gewerbegericht mit den Arbeitern zu paktieren. Tatsächlich ist ja dann auch die Anrufung des Einigungsamtes durch die Elektrizitätsfirmen abgelehnt worden. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß die Besitzer nicht in der Lage wären, über die Verhältnisse in den Betrieben der einzelnen Werke ein richtiges Urtheil zu gewinnen. Es ist anscheinend dabei übersehen, daß es den Parteien völlig freisteht, sich die Besitzer zu nehmen, woher sie sie herholen wollen. Ein Leichtes würde es den Elektrizitätsfirmen gewesen sein, Großindustrielle der Metallbranche für die Beisitzerposten zu gewinnen. Wenn man den Ausgang, welchen der Lohnkampf der Arbeiter nahm, in Betracht zieht, so konnten die Firmen bei einer Anrufung des Einigungsamtes zwar nur den Zweck im Auge haben, feststellen zu lassen, daß die von ihnen gewährten Zugeständnisse ausreichend seien. Einen Schiedsspruch, welcher den Arbeitern mehr zubilligte, als die Arbeitgeber für angemessen hielten, brauchten diese nicht zu befolgen. Denn zur Zeit ist ein Schiedsspruch weiter nichts als ein Vorschlag an die Parteien, sich unter den von dem Einigungsamt angegebenen Bedingungen zu vergleichen.

Jedenfalls drängen die in diesem Artikel besprochenen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu der Erwägung, ob zur Vermeidung von öffentlichen Kalamitäten die Parteien nicht durch Gesetz genötigt werden sollten, zur Beseitigung ihrer Differenzen das Einigungsamt aufzusuchen.

Da zur Zeit den Elektrizitätsfirmen und ihren Arbeitern freisteht, zu kämpfen und sich zu vergleichen, wie es ihnen paßt, so sollten sie wenigstens zur Besprechung und Begleichung ihrer Differenzen sich Kommissionen schaffen. Derartige Kommissionen sind auch den Arbeitern und Arbeitgebern der Elektrizitätsbranche angerathen worden. Die Arbeiter waren nicht abgeneigt, während die Arbeitgeber sich nicht mit einer solchen Einrichtung — wenigstens augenblicklich nicht — befreunden konnten. Vielleicht erkennt man später die Brauchbarkeit solcher Kommissionen zur Vermeidung von Streiks und Aussperrungen. Wir wollen hier nur auf die Schlichtungskommission der Holzindustrie als gutes Beispiel verweisen, welche bis heute ganz ausgezeichnet funktioniert hat. Daß die Elektrizitätsfirmen das Einigungsamt als Oberinstanz der von ihnen eventuell einzusetzenden Kommissionen aufstellen werden, ist vorläufig freilich nicht zu erwarten. Trotzdem dürfen die Firmen und ihre Arbeiter dem Gewerbegericht Berlin schon heute das Zeugniß nicht versagen, daß es selbst ohne Einigungsamt bis kurz vor dem Friedensschluß den Parteien nützliche Dienste geleistet hat.

Gewerkschaftliche Taktik.

Ueber den Holzarbeiterstreik in Fürth weiß die sozialdemokratische Presse und mit ihr die bluts- und gesinnungsverwandten Gewerkschaftszeitungen wieder einige Begebenheiten zu berichten, die weiter nichts als erdichtete Märchen sind. So wird erzählt: Der Gewerkschein der Tischler hätte ohne Grund und Ursache beschlossen, mit den von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnissen zufrieden zu sein und die Arbeit am 10. Oktober wieder aufzunehmen. Um aber der Wahrheit die Ehre zu geben, halten wir uns für verpflichtet, den Gang der Lohnbewegung unseren Lesern darzulegen. Bereits zu Beginn der Bewegung zeigte sich bei dem Holzarbeiterverbande ein ausgeprägtes Nachgelüste insofern, als er die zu stellenden Forderungen ohne Wissen der beteiligten Berufsorganisationen allein festsetzte. Erst im letzten Augenblick entzogen sich der Holzarbeiterverband, daß die Forderungen auch noch andere Organisationen unterzeichnen könnten. Die Mitglieder des Fürthener Ortsvereins erklärten sich denn auch zu gemeinsamem Vorgehen bereit.

Diese Bereitwilligkeit sollte trotz ehrlichen Handelns unsererseits von den Verbändlern schlecht belohnt werden. Gleich zu Anfang der Lohnbewegung stellte es sich heraus, daß der Holzarbeiterverband mit nicht ganz einwandfreien Mitteln arbeitete. Er behauptete u. A., daß der Durchschnittslohn 15—21 Mk. pro Woche betrage. Die Arbeitgeber erklärten, daß die Holzarbeiter bei der üblichen Arbeitszeit nach Ausweis der Lohnbücher durchschnittlich 24,10 Mk. verdienen. Der Aufforderung der Unternehmer, die Geschäftsbücher durch einen Bilanzrevisor prüfen zu lassen, nachzukommen, hatte der Holzarbeiterverband keine Courage. Damit hatten sich die Arbeiter schon einer Kampfswaffe entblößt.

Bis zum 25. August hatten die Unternehmer Zeit, über die gestellten Forderungen der Arbeiter zu berathen. Als die zusage Antwort ausblieb, beschlossen die vereinigten Verbände, am 28. August in den sieben größeren Betrieben die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Die Inhaber der kleineren Werkstätten machten sofort annehmbare Zugeständnisse, weshalb dieselben außerhalb der Bewegung blieben. In der dritten Ausstandswoche fällt das als Einigungsamt angesehene Gewerbegericht einen Schiedsspruch, dem sich die Arbeitgeber jedoch nicht unterwarfen. Erst am 23. September kam ein Vergleich zu Stande, in welchem folgende Zugeständnisse gemacht wurden:

Statt der jetzt üblichen 57 stündigen Arbeitszeit tritt vom 15. Oktober 1905 die 55 stündige und vom 1. April 1906 an die 54 stündige Arbeitszeit bei gleichem Lohn in Kraft. Bis 1. April 1906 müssen folgende Löhne erreicht sein: Maschinenarbeiter 38 Pfg. pro Stunde. Gelübte Arbeiter erhalten 42 Pfg. für besonders komplizierte Arbeit wird 45 Pfg. gezahlt. Für ältere, invalide oder sonst minderwertige Arbeiter soll die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung überlassen bleiben.

In dieser Sitzung des Einigungsamtes erklärten alle Organisationsvertreter, für die Annahme dieser Vereinbarungen bei den Arbeitern wirken zu wollen. Was machten aber die Vertreter des Holzarbeiterverbandes? Es fehlte ihnen der Muth, die für annehmbar bezeichneten Zugeständnisse vor den eigenen Mitgliedern zu vertreten. Das vorher gemachte Versprechen war natürlich so überschüssig, daß es den Machern selbst als eine Komödie schien. Die Gewerkschaftsvertreter verteidigten bei ihren Mitgliedern die in der Verhandlung erreichten Zugeständnisse und fanden auch überall Zustimmung. Bei den zielbewußten Kämpfern herrschte die größte Verwirrung, und Einigkeit trat erst ein, nachdem ihnen die Gewerksvereiner in einer gemeinsamen Sitzung einen Dämpfer auf die heiße Stirn setzten. Doch wenn man einen Hund hauen will, dann findet man auch den Knüttel. So war auch in dem gut geheißenen Friedensvertrag ein Haar enthalten. Die Arbeitgeber verlangten nämlich, daß innerhalb der nächsten drei Jahre keine prinzipiellen Forderungen gestellt werden sollen. Obgleich bei einer persönlichen Rücksprache mit dem Vorsitzenden des Industriellenverbandes festgelegt wurde, daß damit nicht verboten sein soll, bei vorkommenden Differenzen weitere Zugeständnisse zu erzielen, stimmte man von gegnerischer Seite den Abmachungen nicht zu. Nun begann der Tanz von Neuem. Und zwar verlangten nun aus Solidaritätsgedühl die gemeinsamen Organisationen jezt, daß die Arbeiter aus den kleinen Betrieben herauszuholen seien, weil in diesen für die größeren Unternehmer Streitarbeit gemacht wurde. Dieses lehnte die Hauptverwaltung des Holzarbeiterverbandes aber ab.

Nun blieb den Gewerksvereiner weiter nichts übrig, als zu neuen Verhandlungen zu drängen. Diese fanden auch am 5. Oktober statt. Am 6. Oktober sollte ein Generalappell abgehalten werden, um die Bewegung endgiltig beizulegen. Dieses konnte geschehen, da die Verhandlungen zur beiderseitigen Zufriedenheit ausfielen. Aus lauter Scham und Furcht vor den eigenen Kollegen beriefen die Verbändler keine Versammlung ein, um ihre Mitglieder von dem Stande der Bewegung zu unterrichten. Der Gewerkschein der Tischler that dieses. In einer Versammlung am 6. Oktober beschloßen die streitenden Gewerksvereiner mit 89 gegen 18 Stimmen, die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse anzunehmen. Im Lager der Verbändler herrschte die wahre Verwirrung; nur die christlich organisierten Holzarbeiter schlossen sich dem Vorgehen der Gewerksvereiner an. Am 9. Oktober traten die Gewerksvereiner nochmals zu einer Beratung über die Lage des Streiks zusammen. Aber auch in dieser Versammlung beschloßen dieselben, an dem Beschluß vom 6. Oktober festzuhalten und am 10. Oktober die Arbeit zu den gemachten Zugeständnissen aufzunehmen. Maßgebend für diesen einmüthigen Beschluß war die Thatsache, daß in den kleineren Betrieben fast überall Streitarbeit gemacht wurde. An demselben Tage, an welchem die Gewerksvereiner den Streik aufhoben, wurden die Kollegen der Firma Hill & Schmid auf Anordnung des Holzarbeiterverbandes wieder zur Arbeit geschickt. Also sind hermit die Verbändler von ihrem eigenen Hauptvorstand gezwungen worden, Streikbrecher im Sinne der sozialdemokratischen Presse zu sein.

Nach einem so zweifelhaften Gebahren der Führer des Holzarbeiterverbandes muß sich jeder objektiv urtheilende Beobachter die Frage vorlegen, ob es denn den Verbändlern ernst mit der Durchführung ihrer Forderungen war. Wir müssen dieses entschieden verneinen. Hätte es sich um einen ehrlichen Kampf gehandelt, dann müßten die Arbeiter aus den kleinen Betrieben gezogen werden, wo Streitarbeit gemacht wurde. Da aber dieses auf Anordnung des Hauptvorstandes des Holzarbeiterverbandes unterblieb, hat sich dieser damit des Verrathes an seinen eigenen Genossen schuldig gemacht. Hierin lag die taktische Ullughheit des ganzen Kampfes, und die Folge war, daß die Mitglieder des Gewerksvereins der Tischler diesen Eiertanz nicht weiter mitmachten und den Kampf abbrachen. Die Verbändler beharrten im Streik. Der Verlauf der Fürthener Holzarbeiterbewegung ist für die Gewerksvereiner ein Beispiel dafür, wie man den Gegnern auf die Finger schauen muß. Die schwankende Haltung der Verbändler in allen gemeinsamen Sitzungen, die Muthlosigkeit, gutgeheißene Vereinbarungen vor den eigenen Mitgliedern zu vertreten, ist wahrlich nicht würdig eines Arbeiterführers. Mit schunungsvollen Phrasen kann man heutzutage die Lage der Lohnarbeiter nicht verbessern, im Gegentheil, man häßt damit nur die Reaktion. Lange genug hat es gedauert, bis unseren Kollegen vom Gewerkschein der Tischler der Gebuldsfaden riß, um jenen zweifelhaften Elementen den Rücken zu kehren. Wir glauben nicht sehr zu gehen, wenn wir behaupten, daß der Holzarbeiterverband den Plan hatte, die bestehenden Verhältnisse mit der Expropriation der verhassten Gewerksvereine zu ändern. Das zwangsweiße Aufgehen des Werftarbeiterverbandes in den Metallarbeiterverband ist ein warmendes Beispiel für alle anderen Organisationsrichtungen. B.

Leipzig und Umgegend zu verlaufen. Hier ist der Sitz der Kammergarnspinnereien. Die Hauptforderungen bestehen in der Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit und einer Lohnerhöhung von 10 pCt. Die Fabrikdirektionen haben sich bereit erklärt, vom 1. Januar 1906 die gewünschte Arbeitsdauer einzuführen, nicht aber die geforderte Lohnerhöhung. Da bereits Mitte des Jahres die Löhne der Arbeiter um 7 1/2 pCt. und diejenigen der Arbeiterinnen um 11 pCt. erhöht wurden, lehnen die Unternehmer es ab, nochmals 10 pCt. zuzulegen. Der Kommission der Arbeiter gelang es dann aber, einen Lohnaufschlag von 2 1/2 pCt. zu erzielen, womit sich die Arbeiter und Arbeiterinnen zufrieden gaben. Die glückliche Beilegung dieser Bewegung sollte für den Kampf in Gera ein Beispiel zur Nachahmung sein. — Kaum ist die Aussperrung der Elektrizitätsarbeiter in Berlin beendet, so traten am 21. Oktober gegen 12 000 Wäschearbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand. Die Arbeiterinnen verlangen Regelung der Arbeitszeit, sowie freie Lieferung von Garn und Nadeln. Die Forderungen der Zuschneider sind in der Hauptsache 80 Pfg. Stundenlohn und achtsündige Arbeitszeit. Der Mindestlohn soll 30 Mk. betragen. Als bisher einzig dastehend muß anerkannt werden, daß ein großer Teil der besserstuitierten Ausständigen auf die Streikunterstützung zu Gunsten der noch nicht Bezugsberechtigten verzichtete. Dieser Ausstand dürfte dem großen Berliner Konfektionsarbeiterstreik von 1896 nicht nachstehen. Am Anfang dieser Woche begannen die Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht. Offenlich bemerkt sich daßselbe auch hierbei als eine Stätte der Verständigung und Aussöhnung. — Der Ausstand in der Vieleselder Maschinenfabrik ist beendet und somit die angekündigte Aussperrung der Arbeiter in sämtlichen Nähmaschinenfabriken gegenstandslos geworden.

Die freie Studentenschaft der Berliner Universität hält auch im kommenden Winter **Unterrichtskurse für Arbeiter** ab. Die Unterrichtsgegenstände sind: 1. Deutsch, 2. Rechnen, 3. Geographie.

Jeder Kursus findet wöchentlich einmal statt in den Abendstunden von 8 bis 10 Uhr. — Beginn des Unterrichts am 6. November. Zur Deckung der Kosten wird für jeden Kursus ein einmaliger Beitrag von 50 Pfg. erhoben. Die Kurse finden statt in dem Gebäude des Central-Arbeitsnachweises, Gormannstr. 13 (5 Minuten vom Bahnhof Börse) und in der Friedrichs-Werder'schen Oberrealschule, Niederwallstr. 12. Die Anmeldungen zu allen Kursen (auch denen in der Niederwallstr.) werden am 30. und 31. Oktober, am 2. und 4. November, Abends von 8—9 1/2 Uhr, Gormannstr. 13, Seitenaufgang II, entgegengenommen. Anmeldungen innerhalb der Kurse können nur ausnahmsweise berücksichtigt werden.

Außerdem finden gelegentlich an den Sonntagen Museumsführungen und gemeinsame Theaterbesuche statt. Programme sind in beliebiger Anzahl zu erhalten von der „Kommission für Arbeiterkurse“, Centralarbeitsnachweis, Gormannstr. 13, II. An diese Adresse sind auch alle schriftlichen Anfragen zu richten.

Eine **Poliklinik für Unfallverletzte** errichtete Dr. Ludwig Goldberg in Berlin, Prenzlauer Allee 36, IV. Hof (Gartenhäuschen). In dieser Poliklinik werden Unfallverletzte unentgeltlich behandelt, soweit nicht die Berufsgenossenschaften für das ärztliche Honorar einzustehen haben.

Wir machen unsere Verbandsgenossen von Berlin NO. auf diese Poliklinik aufmerksam.

Die 302. Veranstaltung des **Ferrens für Volksunterhaltungen** findet am Sonntag, den 29. Oktober, Abends 7 Uhr, im Konzertsaal der Königl. Hochschule statt.

Es werden mitwirken: Fräulein Mathilde Eippert (Rezitation: Mosegger), Fräulein Martha Stapelsfeldt (Konzertfängerin), Fräulein Carlotta Stubenrauch (Violine), Herr Dr. Albert Rötter, Universitätsprofessor aus Leipzig (Gedichte von Goethe).

Δ Auch in Linden bei Hannover ist wieder Friede.

In der hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormalig Georg Egestorf, hatten 10 Fräser in Folge Akkordlohnkürzungen ohne Innehaltung der Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt. Die Direktion forderte zur Wiederaufnahme der Arbeit auf, andernfalls 2000 Arbeiter ausgesperrt werden sollten. Die 10 Fräser weigerten sich, dieser Aufforderung nachzukommen und so erfolgte die angebrochte Aussperrung. Um der 10 Mann willen wurden 2000 schuldlos auf die Straße gesetzt. Das war ein arges Stück, das den Indifferenzen die Augen öffnete und sie in die Organisationen trieb.

Die drei verschiedenen Organisationen traten zusammen und machten gemeinsame Sache. Unsere Gewerbetreue wurden durch den Agitationsleiter Lange wirksam vertreten. Die Organisationen einigten sich, folgenden Brief an die Direktion zu schreiben:

Ihre ausgesperrten Arbeiter beauftragten heute in einer Versammlung ihre Organisationsleitungen, mit Ihnen in Verbindung zu treten, um durch Verhandlungen eine Verständigung zu erlangen. Dieser Auftrag wurde dem Unterzeichneten von den beteiligten Organisationen zur Erledigung überwiesen. Derselbe fragt darum höflichst an, ob Sie gewillt sind, mit den

Organisationsleitungen in eine Besprechung der schwebenden Differenzen einzutreten, und ersucht um Mitteilung, wo und wann eventuell die Besprechung stattfinden kann. Mit der Bitte, Ihre Vorschläge und Antwort an den Unterzeichneten zu senden, zeichnet

Hochachtungsvoll **H. Fenske.**

Die Direktion wollte aber von einem Verhandeln mit Vertretern der Organisationen nichts wissen und erklärte dies in folgendem Schreiben:

Linden vor Hannover, den 18. Oktober 1905.

Auf das gefl. Schreiben vom gestrigen Tage bemerken wir zunächst, daß Arbeiter von uns nicht ausgesperrt worden sind. Wohl haben wir den größten Teil unserer Arbeiter, weil dieselben sich beharrlich weigerten, die ihnen übergebene Arbeit auszuführen, auf Grund der Bestimmungen der Fabrikordnung entlassen. Wir nehmen an, daß es sich bei den von Ihnen als „ausgesperrte Arbeiter“ bezeichneten um die ehemaligen Arbeiter unseres Werkes handelt. Wir lehnen es ab, mit Außenstehenden in Verhandlungen einzutreten, dagegen sind wir bereit, mit den von uns entlassenen Arbeitern, deren Wunsch, bei uns von Neuem wieder in Arbeit zu treten, wir jetzt kennen gelernt haben, zu verhandeln. Als berufene Vertretung unserer ehemaligen Arbeiter in dieser Angelegenheit wollen wir den Arbeiterausschuß, welcher bis zur Entlassung unserer Arbeiter in Tätigkeit war, auch heute noch ansehen. Wir haben deshalb seinen einzelnen Mitgliedern unsere Bereitwilligkeit, mit ihnen in Verhandlungen einzutreten, erklärt.

Hochachtungsvoll

Hannoversche Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormalig Georg Egestorf.

Gleichzeitig erging an die Mitglieder des früheren Arbeiterausschusses der hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormalig Georg Egestorf, folgende Mitteilung:

Linden vor Hannover, den 18. Oktober 1905.

An die Mitglieder des früheren Arbeiterausschusses der hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormalig Georg Egestorf. (Je einzeln.)

Es ist uns bekannt geworden, daß unsere ehemaligen Arbeiter den Wunsch haben, wegen Neueinstellung in unser Werk mit uns zu verhandeln. Wir erklären uns zu solchen Verhandlungen bereit, und wollen den bis zur Entlassung unserer Arbeiter in Tätigkeit gewesenem Arbeiterausschuß auch heute noch als die berufene Vertretung der Arbeiter, welche Wiederaufnahme in unser Werk wünschen, für diese Verhandlungen ansehen. Wir laden Sie in Folge dessen als Mitglied dieses Ausschusses zu einer Sitzung am Sonnabend, den 14. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr, in unserem Verwaltungsgebäude ein. Wir haben den Vorsitzenden des hiesigen Gewerbegerichts, Herrn Stabsjubiläum Dr. Legtmeyer, gebeten, als unparteiischer Vorsitzender zu fungieren.

Hochachtungsvoll

Hannoversche Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormalig Georg Egestorf.

Die Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß kamen zu Stande. Die von diesem beantragte Mitwirkung der Organisationsvertreter wurde abgelehnt, dem Arbeiterausschuß aber anheimgestellt, außerhalb des Betriebsgebietes mit den Vertretern der Organisationen in Fühlung zu bleiben. Der Arbeiterausschuß, der sich Istvoll und geschickt benahm, wollte an seinem Verlangen die Verhandlungen nicht scheitern lassen und zog daher den Antrag auf Zugiehung der Organisationsvertreter wieder zurück. Es kam zu folgender Vereinbarung:

Der Arbeiterausschuß der hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft erklärt seine Bereitwilligkeit, die Belegschaft der Fabrik zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit unter denselben Bedingungen, wie sie vor Ausbruch des Konfliktes bestanden haben, zu bewegen. Er verpflichtet sich ferner, Alles zu thun, was in seinen Kräften steht, damit in Zukunft Vorkommnisse wie diejenigen, welche zu dem jetzigen Konflikt geführt haben, vermieden werden. Dagegen erklärt die Direktion der hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft sich bereit, alle Arbeiter, einschließlich der zehn Fräser, nach Maßgabe der vorliegenden Arbeit sofort wieder in Arbeit zu nehmen. Die bisher in der Fabrik verbliebenen Arbeitswilligen dürfen in keiner Weise belästigt werden. Belästigung gilt als Entlassungsgrund.

Eine darauf abgehaltene Versammlung der ausgesperrten nahm nach eingehender Debatte auf Grund vorstehender Vereinbarung folgende Erklärung einstimmig an:

„Die heute am 18. Oktober 1905, tagende Versammlung der ausgesperrten Arbeiter der hannoverschen Maschinenbau-Aktiengesellschaft beschließt auf Grund der zwischen dem Arbeiterausschuß und der Direktion getroffenen mündlichen und schriftlichen Vereinbarungen, den Konflikt zu beenden und die Arbeit aufzunehmen.“

Die Versammlung spricht allen Kollegen im Arbeiterausschuß — mit Ausnahme des Arbeitswilligen Louis Behnen — ihr volles Vertrauen aus. Die Versammelten haben erkannt, daß nur durch eine machtvolle Organisation die Interessen der Arbeiter wahrgenommen werden können, und erklären es für eine Ehrenpflicht jedes Arbeiters, daß er zu jeder Zeit fest zu seiner Organisation steht.“

Entwicklung und Ende des Kampfes bezeugen, daß die Arbeiterschaft eine kluge Mäßigkeit beherrschte.

Zu Ruh und Frommen von Unternehmern und Arbeitern möchten wir dem obigen Briefwechsel einen fast zur selben Zeit jenseits des Kanals stattgefundenen Briefwechsel gegenüberstellen. Er ist der beste Beweis dafür, daß es für Unternehmer und Arbeiter besser ist, wenn sie in ihren Vertretern einander näher kommen. Der erste Brief, den der Generalsekretär der Textilarbeiter an den Generalsekretär der Unternehmer richtete, lautet:

„Wie ich vernehme, geben Sie mit dem Ablauf dieses Monats Ihre Stellung als Sekretär der Arbeitgeberorganisation von Oldham auf, nachdem Sie die mit dem Amte verbundenen mühsamen und beschwerlichen

Pflichten während der langen Zeit von dreißig Jahren treu und erfolgreich erfüllt haben. Ich kann diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne Ihnen mein tiefes Bedauern darüber auszudrücken, daß Sie es mit Rücksicht auf Ihre Gesundheit und Ihre Körperkraft in Ihrem eigenen Interesse für das Beste halten müssen, den Schritt zu thun, für den Sie sich entschieden haben. Ihre Stellung als Sekretär der Arbeitgeber und meine Stellung als Sekretär der Spinner- und Zwirnereiarbeiter von Oldham und der anliegenden Distrikte haben uns in geschäftlichen Angelegenheiten sehr häufig zusammengeführt, wobei wir uns mit der Erörterung von Betriebsstreitigkeiten verschiedener Art zu befassen hatten, und ich erkenne bereitwillig an, daß Sie stets von dem aufrichtigen Bestreben erfüllt waren, das zu thun, was den Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter entsprach, jedoch Einzellämpfe zum Vorteil aller in Betracht kommenden Theile auf eine sehr kleine Zahl beschränkt wurden. Die technischen Einzelheiten des Betriebes sind so verwickelt und schwierig zu übersehen, daß praktische Kenntnisse, mit Eifer und Mühseligkeit verbunden, nötig ist, um verständliche Entschlüsse zu fassen. Ihnen fehlen diese Eigenschaften nie, wenn Sie mit unserem Präsidenten und mir bei der Erledigung von Streitigkeiten zu thun hatten, die mit den Fragen der Spinner- und Zwirnereibranchen der Baumwollindustrie in Verbindung standen. Mein lebhafter Wunsch geht dahin, daß Ihr Nachfolger dem verdienstvollen Beispiel folgen möge, das Sie für ein ehrliches Zusammenarbeiten gegeben haben. In diesem Falle werden die harmonischen Beziehungen, die solange zwischen beiden Organisationen obgewaltet haben, fortauern. . . .

Der Sekretär der Arbeitgeber beantwortete das Schreiben in gleich freundlicher Weise:

„Ich erwidere durchaus die in Ihrem Briefe ausgesprochenen Wünsche und betrachte es als eine ungewöhnliche Ehre, in dieser Weise den Ausdruck Ihres Vertrauens und Ihrer Wertschätzung empfangen zu haben.“

Auch in Deutschland muß es zu diesem gegenseitigen Verstehen kommen und es wird dies um so rascher möglich sein, je eher die Unternehmer von ihrem einseitigen Herrenstandpunkt abgehen und die „freien“ Gewerkschaften den nur politischen Interessen dienenden Klassenkampf zum Teufel schieben.

Gewerkevereins-Zeile.

§ Gera. Der Bezirk Thüringen und Prov. Sachsen des Gewerkevereins der Stuhl- (Textil-)Arbeiter hielt am 24. September seinen Bezirkskongress ab. Betreten waren die Ortsvereine Apolda, Ebadtsberga, Stadfulja und Gera. Zur Verhandlung standen die Punkte: 1. Wie ist die Agitation intensiver auszuführen? 2. Sozialkassen betr. 3. Beschädigung der Ausstellung von Erzeugnissen der Seimarbeit. Herr Ebel referierte über diese Punkte und legte dar, daß in Betreff der Agitation in der Textilindustrie noch ein weites Feld zu bearbeiten sei. Die Vertreter waren auch der Meinung, daß eine ruhige, sachliche Agitation allerorts angebracht sei und in reger Weise gearbeitet werden soll, um unserm Gewerkeverein die ihm gebührende Stellung in diesem Bezirk zu verschaffen. Um den Ortsvereinen eine entsprechende Selbstständigkeit in allen vor kommenden Fällen zu gewähren, sollen, wie bei anderen Gewerkevereinen, Sozialkassen eingerichtet werden, damit die Ortsvereine hauptsächlich in der Unterstützungsfürsorge nichtbezugsberechtigter Mitglieder ausgiebiger handeln können. Gera war der Frage schon näher getreten und die Vertreter waren sämtlich für die Einführung von Sozialkassen. Für Beschädigung der Ausstellung von Erzeugnissen der Seimarbeit, kommt wohl nur die Apoldaer und Sulzger Textilindustrie in Frage, doch wurde die Beseitigung empfohlen. Die Teilnehmer des Bezirkskongresses blieben noch einige Stunden auf dem 1. Stiftungsfest, welches der hiesige Ortsverein beging.

§ Spandau. Eine gut besuchte Monatsversammlung hielt am 7. Oktober der D.-B. der Fabrik- u. Handarbeiter ab. Der Bezirksleiter Sandner-Potsdam war ebenfalls anwesend. Nachdem der Vorsitzende Kollege Bähr die Versammlung eröffnet hatte, wurden zunächst einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Nunmehr gab Kollege Sandner eine eingehende Darlegung von dem Stande unserer Krankenkasse. Da der Vortragende der außerordentlichen Generalversammlung in Raumburg als Delegierter bewohnte, waren seine Ausführungen sehr eingehend und zufriedenstellend. Es wurde nachgewiesen, daß die Ausgaben der Krankenkasse die Einnahmen um ein Bedeutendes übersteigen. Redner forderte: die Ortsverwaltungen sollen die Kranken strenger kontrollieren, damit die Simulanten entfernt werden. Nur damit kann der Kasse geholfen werden. Auf eine Anfrage erklärte noch Kollege Sandner, daß die jetzigen Verhältnisse so lange bestehen bleiben, bis der gesetzliche Reservefonds erreicht ist. Dem Vortragenden für seine Darlegungen herzlichen Dank.

M. Falzer, Schriftführer.

Verbands-Zeile.

Bekanntmachung.

Wir bitten um schnelle Rücksendung der Listen für die Ausgesperrten mit Beifügung der gesammelten Beträge. Quittung erfolgt nur öffentlich im „Gewerkeverein“.

Berlin NO., 24. Oktober 1905.

Greifswalderstr. 221/23.

J. A.: Rudolf Klein, Verbandskassier.

Sammlung

für die ausgesperrten Arbeiter der Elektrizitäts-Industrie Berlins und Umgegend.

Banbauarbeiter: Dieblich M. 1,50. Bergarbeiter: Dortmund 3,00. Bildhauer: Sorau 3,00. Frauen und Mädchen: Berlin I 13,95.

Fabrik- und Handarbeiter: Brigg 7,35, Holsterhausen 5,00, Augsburg 15,00, Brandenburg 7,00, Ehrenfeld 6,00, Mainz (Brauerhilfsarbeiter) 16,05, Saarau 5,00, Dessau 10,00, Hartau 1 5,00, Bieschen 4,30, Piesensiedt 3,50, Bitterfeld 4,65, Offen-West 8,20, Finsterwalde 19,00, Bungenborn 4,50. **Graphische Berufe:** Magdeburg 4,65, Ebertfeld 5,00, Adlershof 11,05, Finsterwalde 4,20. **Kaufleute:** Berlin III 4,80. **Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Artern 7,55, Acherleben 5,00, Altendorn 19,50, Apolda 8,70, Berlin I 16,10, Straßenbahn-Kontroll-Bau 25,00, Gef. bei Schmidt & Co., Chausseestr. 38,25, Gef. bei Steffen & Rolle durch Gartenschläger 10,50, Gef. b. Girsch & Co. (Angermann) 7,20, Gef. b. R. S. M. Schulze (Polzin) 15,00, Gef. b. R. Tenner (Schlad) 7,00, Durch Kirchmann 18,75, Durch Kuhlmann 1,50, Durch Simoleit 30,80, Berlin II 29,05, Durch Hank 1,20, Gef. b. Bintsch 6,75, Gef. b. Firma Kunge 11,40, Durch Retter 12,25, Durch Künzel 15,00, Berlin III 84,70, Gef. l. b. Wassen- und Munitionsfabrik Abth. Rohloff 115,30, Gasmotoren Deutz durch Kutz 26,40, Berlin IV. 1,20, Gef. b. Stahl & Sohn 6,70, Gef. Deutsche Telephon-Werke 29,50, Berlin V (Schmidt) 0,50, Berlin V 3,00, 13,00, Berlin VII Gef. b. Arntel 39,85, 22,86 3,30, 215,53 5,00 durch Duandt, Berlin VIII Gef. b. Bernert-Charlottenburg 8,25, Berlin IX Range 48,90, Gef. b. Bartelt 14,10, Gef. b. Rabitz 4,10, Berlin XI (Uendorf) 5,50, Dresden I 11,00, Gohensa 6,00, Jena 10,00, Zeitz 10,00, Stettin-Gradow 22,00, Wertheim 10,00, Gohennemrich 10,00, Wülfing 15,00, Wittenberg 10,00, Gamm 8,35, Ebstau 8,60, Braunschw. 5,00, Reggen 10,00, Kummelsburg 4,50, Bredow-Stettin 40,15, Burbach 9,20, Spandau 40,40, Gaarden-Riel 30,00, Rehm 11,00, Bapen-berg 5,00, Bings 10,00, Ober-Schönweide (Schuler) 5,75, Riegnitz 12,00, Kabeberg 10,00, Holzweißig 5,00, Braudorf 17,20, Gef. b. Stiftungsfest 9,00, Gera 5,00, Blankenstein 5,00, Eborn 11,25, Boffen, gesammelt Rep. Intern. Schlafwagen-Gesellsch. 9,80, Friedrichsberg, Gef. b. Heins, Edert & Hochlahm 94,75, Ober-Schönweide (Belten) 3,50, Kummelsburg, Gesammelt b. Müllau u. Mabel 9,70, Bremerhaven 10,00, Dortmund II 10,75, Düsseldorf 10,00, Coelking 15,00, Keula 6,30, Riel 10,00, Basewald 5,00, Wirsdorf (Wufe) 17,10, Schmiedeberg bei Dresd. 5,15, Verbingen 3,50, Wismar 20,00, Baditz II 2,70, Zeulenroda 4,70, Zülchow 20,55, Gassen 10,00, Gierentich 2,00, Rübch 25,50, Plettenberg 10,00, Schalte 10,00, Weimar 1,80, Meierich (Marim) 25,00, Grimmlisbau 6,40, Ebertfeld 13,20, Hermsdorf b. Baldeburg 5,00, Hohenlinde 12,35, Reuwig 3,90, Sommerfeld 10,00, Baditz I 11,70, Eßlingen 10,00, Sprottau 3,20, Berlin (Luwe) 4,00, Vertrauensleute Borlig-Zegel (Reibde) 21, Berlin, Gef. b. b. Beschlein 6,60, Berlin (Strif) 4,50, Berlin, Gef. b. d. Firma Schwarztopf (Zastrow) 25,70, Berlin, Gef. b. d. Firma Rohde 6, Berlin, Gef. b. d. Firma Elster (Reimann) 22,50. **Schneider:** Jena 5,00, Görlich 10,00, Zerbst 7,75, Berlin II (Kriese) 1,50, Zisterberg 2,60. **Schuhmacher:** Romames-Ruendorf 1,80, Berlin I 9,00. **Stahlarbeiter:** Berlin 4,50, Apolda 12,50, Betschau 3,00. **Tischler:** Berlin, l. b. Tischlerei Großfuß 3,80, Berlin I (Firma Beschlein) 8,80, Gef. b. d. Firma Körner 3,35, Gesamt. b. Krüger & Rogmann 7,00, Berlin I 12,80, Berlin 6,50, Spandau 22,25, Berlin III 5,00, Riel-Gaarden 4,80, Berlin V (Diehl) 49,90, Nürnberg I 5,00, Berlin II (Königsstadt) 6,00, Braunsberg 2,40, Ehemar 5,70. **Ortsverbände:** Radeberg 15,00, Pürstewalbe 19,00, Leipzig-West 60,00, Jena 10,00. **Agitations-Kommision:** Labenburg 10,00. **Private:** Gef. in d. Druckerei Ehring & Fahrtenpöhl-Berlin 8,50, Reinhold Müller-Berlin 2,50. **Gesamt 2068,00 M. Bereits quittiert 2269,40 M. Insgesamt 4337,40 M.**

Berlin, den 23. Oktober 1905.

R. Klein, Verbandskassier.

*) Gelder sind nur zu senden an Verbandskassier Rudolf Klein; Berlin N.O. 65, Greifswalderstr. 221/23.

Sächsischer Ausbreitungsverband.

Protokoll der 8. Vorstandssitzung vom 8. Oktober 1905, Webergasse 28 I. Anwesend waren die Kollegen Klausch, Wilsch, Dietrich, Herr Dr. Rahn, Schilling, Spilger, Raupach, Gühne und Kraps. Es fehlen Kollege Anbers unentschuldig, die Kollegen Berndt und Schnabel ebenfalls. Auch waren die Herren Göhler und Wagner zur Sitzung geladen.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung 1/21 Uhr Vormittags. Nach Verlesung des Protokollles gab der Kassierer den Kasienbericht, Kollege Kraps die Kasienverhältnisse von der Zeitungskasse bekannt. Beide Berichte wurden für gut befunden. — Eingegangen war ein Schreiben von einem Redner für nächsten Ortsverbandssammlung am 21. Oktober einen Redner wünscht. Zu dieser wurde Herr Dr. Rahn gewonnen. Ferner wurde ein Bericht vom Vertrauensmann Groß-Dibernhau verlesen. Auch da soll ein Redner am 29. Oktober sprechen und wird Kollege Schilling damit beauftragt. Schreiben vom Vertrauensmann Hambach-Rohwein und Gerold-Blauen, sowie solche vom D.-B. der Stuhlarbeiter Penig und Maschinenbauer Marienberg, wurden ebenfalls erledigt. Auch war vom Centralrath Bescheid eingegangen, in welchen der Antrag betreffs Beihilfe vertagt ist. Es wird der Punkt Zeitungsangelegenheit zugleich erledigt. Alle Einzelheiten betreffs der neuen Zeitung werden nochmals besprochen und ein Kontrakt mit der Druckerei abgeschlossen. Die erste Nummer erscheint am 12. Oktober. Redaktionsschluss ist Montag Abend. Dringende Berichte finden Donnerstag (soll wohl heißen Dienstag) Redaktion des Gewerkevereins) früh noch Aufnahme. Ferner gab Herr Dr. Rahn Bericht über seinen Vortrag, welchen er in Dampfen am 7. Oktober beim Ortsverein der Maschinenbauer gehalten hat. Auch gab der Vorsitzende bekannt, daß Kollege Berndt in Leipzig sein Referat hält. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten war Schluss um 1 Uhr Mittags.

Alle werthen Vereine sind am 12. Oktober die ersten Exemplare des „Sächsischen Gewerkevereinsblattes“ abgegangen. So wünschen wir, daß dieses von ihnen recht zahlreich abonniert wird. Daß es notwendig ist, eine eigene Zeitung zu besitzen, wird wohl jedem Kollegen klar sein. Um alle Angriffe auf unsere Organisation zurückzuweisen, auch auf die Öffentlichkeit durch die Zeitung mehr Eindruck auszuüben, haben wir das gemeinsame Anzähl Abonnenten eingegangen, welche uns aber nicht genügen. Es ist nur ein kleiner Bruchtheil der Gewerkevereinskollegen von Sachsen. Bei einem Abonnementspreis von 60 Pfg. vierteljährlich glauben wir, daß jeder